

Grenzenlose Arbeits-Flexibilität im EU-Kolonialsystem

EU-Kommission, Regierungen und Investoren wollen Europa noch „wettbewerbsfähiger“ machen. Widerstand ist bisher gering.

Werner Rügemeier*

Am 17. November 2017 proklamierten die EU-Staats- und Regierungschefs in Göteborg die „Europäische Säule sozialer Rechte“. (1) Mit den 20 neuen Rechten dieser Erklärung sollen die nationalen Arbeits- und Sozialrechte der EU-Mitgliedsstaaten überformt werden. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will damit auch eine zentrale EU-Arbeitsaufsichts-Behörde errichten.

Die Erklärung jongliert mit freundlichen Begriffen wie „Inklusion“ und „Dialog“. Gendermäßig korrekt ist immer auch von Arbeitnehmerinnen die Rede. Aber es herrschen Unverbindlichkeit und extreme Schwammigkeit.

So heißt es im Recht Nr. 4: „Junge Menschen haben das Recht auf einen Praktikumsplatz“. Ob er bezahlt wird, ist unwichtig. Im Recht Nr. 5 heißt es: „Der Übergang in eine unbefristete Beschäftigungsform wird gefördert“: Man geht also erstmal von befristeter Beschäftigung aus. Weiter heißt es: „Unternehmertum und Selbständigkeit werden unterstützt.“ Da sollen also die abhängig Beschäftigten nach dem Human Resources-Konzept sich als Unternehmer ihrer Arbeitskraft und als (Schein)Selbständige betätigen. „Probezeiten sollten eine angemessene Dauer nicht überschreiten.“ Sollten. Und was ist „angemessen“?

Im Recht Nr. 7 heißt es: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht, am Beginn ihrer Beschäftigung schriftlich über ihre Rechte und Pflichten informiert zu werden.“ Donnerwetter! Was Arbeitgeber im neuen sozialen Europa alles leisten müssen! So geht es weiter: „Bei jeder Kündigung haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht, zuvor die Gründe zu erfahren.“ Also schon bevor man vor die Türe gesetzt ist! Von dieser Güte gibt es noch mehr Rechte: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf Zugang zu wirkungsvoller und unparteiischer Streitbeilegung.“ Das entspricht den langehegten Wünschen der Unternehmerlobby: Weg von den staatlichen Arbeitsgerichten, lieber die betriebsinterne, private, nichtöffentliche Streitschlichtung!

Recht Nr. 8 heißt „Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten“. Da heißt es: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre Vertretungen haben das Recht auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung in für sie relevanten Fragen, insbesondere beim Übergang, der Umstrukturierung und der Fusion von Unternehmen und bei Massentlassungen.“ Demnach gibt es also für die Beschäftigten auch die nicht relevanten Fragen – zum Beispiel die Entscheidungen, die einem Übergang, einer Umstrukturierung, einer Fusion oder Massentlassung vorhergehen! Die Beschäftigten sollen also erst

„einbezogen“ werden, wenn die Entlassung schon beschlossen ist. Und das ist dann „rechtzeitig“!

Die Rechte Nr. 11 bis 20 stehen unter der Überschrift „Sozialschutz und soziale Inklusion“. Da herrscht das extrem diffuse Kriterium „angemessen“, z.B. „angemessene Mindestlöhne“, „angemessener Lebensstandard“, „angemessener Sozialschutz“, „angemessenes Ruhegehalt“, „angemessene Unterkünfte und Dienste“.

Systemischer Beginn und Weiterführung in Deutschland

Der entscheidende Schritt in der EU waren bekanntlich die vier Hartz-Gesetze der SPD-Grünen-Regierung in Deutschland zu Beginn der 2000er Jahre. Sie waren Teil der Agenda 2010, die Unternehmenssteuern reduzierte und Investitionen aus dem Ausland, vor allem aus den USA, förderte („Entflechtung der Deutschland AG“).

Ergebnis sind Minijobs, Leiharbeit, befristete Verträge, nach Dauer und Höhe verkürzte Leistungen für Arbeitslose und deren Zwang zur Annahme prekärer Arbeit – verbunden mit Aufspaltung der Unternehmen in zahlreiche Tochterunternehmen, Tariffucht der Arbeitgeber und professioneller Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften.(2)

Das Spektrum von Flexibilität und Prekarität wurde inzwischen noch erweitert: Werkvertragsarbeit, dauerhaft unbezahlte Überstunden, Arbeit auf (kurzfristigen) Abruf, 10-Stunden-Wochenverträge mit wechselnder Aufstockung, Einschränkung der Streikfähigkeit („Tarifeinheits-Gesetz“). Bestärkt wird dies durch die politische und justizielle Duldung flächendeckender Verletzung von Arbeitsrechten durch Unternehmer.(3) Exportmeister Deutschland führt bei Flexibilität und staatlich gefördertem Working poor.(4) Aber andere Staaten holen auf.

EU: Neuer Anlauf mit der Finanzkrise

Die EU-Kommission nutzte mit dem IWF und der EZB in der Troika ab 2010 die Finanzkrise, um die Arbeitsverhältnisse in den Schuldnerstaaten umzukrempeln. Am besten dokumentiert sind die drastischen Eingriffe in Griechenland.(5)

2015 präsentierte die Kommission das Programm „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“. Die Regierungen sollen überprüfen, „ob die Löhne wettbewerbsfähig sind im Vergleich zu anderen EU-Staaten und anderen Handelspartnern“. Wettbewerbsfähig ist demnach der EU-Staat, der den Investoren die niedrigsten Arbeits- und Sozialkosten bietet. Und damit soll die EU auch insgesamt „wettbewerbsfähig“ gegenüber USA, Japan und China werden.

Nach dem deutschen Muster haben weitere Regierungen „Reform-Pakete“ geschnürt. Mit dem Jobs Act lockerte die italienische Regierung von Matteo Renzi 2014 den Kündigungsschutz, setzte Tarifverträge außer Kraft und legalisierte Minijobs. Den tiefsten Eingriff startete die französische sozialistische Regierung unter Francois Hollande. Nachfolger Emmanuel Macron setzt das fort und geht über das deutsche Vorbild hinaus, etwa durch befristete Projektarbeit und die Festlegung der Arbeits- und Lohnverhältnisse im einzelnen Unternehmen. Grenzüberschreitend tun sich Unternehmerverbände zusammen, so der BDI mit Medef in Frankreich: EU-Arbeitsmarkt flexibilisieren! Dabei soll die Digitalisierung soll als neuer Schub genutzt werden.

EU: Ein System von Arbeitskolonien

So wurde und wird Europa zu einem hierarchischen System von Arbeitskolonien ausgebaut. Die EU fördert die grenzüberschreitende Migration industrieller und dienstleistender Reservearmeen ebenso wie die Migration von Unternehmen. Eine Million Polen verdingen sich schon lange in Großbritannien. Inzwischen arbeiten etwa 1,2 Millionen verarmte Ukrainer vor allem in Polen, zum Teil schwarz.(7)

Bis zu einer Million eingeschleuster osteuropäischer Billig-Prostituierten dient meist ganz legal in der EU-Spitzen-Bordell-Nation Deutschland. Hunderttausende Frauen aus Polen, Ukraine und Kroatien dienen für Unterkunft, Verpflegung und einen Minilohn als Altenbetreuerinnen in deutschen Familien. Für die österreichischen Alten kommen die Frauen vor allem aus der Slowakei und Bulgarien; für die einsamen Alten in der Schweiz werden die Frauen durch die neue kommerzielle Dienstleistungsbranche aus Ungarn vermittelt. Jedes reiche EU-Land hat seine Kolonien in Osteuropa.(8)

Die Lufthansa verlegt die Wartung und Reparatur ihrer Flugzeuge auf die Philippinen, nach Puerto Rico und nach Bulgarien – dortiger Mindestlohn: 1,24 Euro.(9) Nach dem Vorbild von Ryan Air entwickelt die Lufthansa mithilfe ausländischer Tochterfirmen prekäre Arbeitsverhältnisse auch für die lange privilegierte Berufsgruppe der Piloten.(10) 800.000 Lkw-Fahrer, nicht nur aus Osteuropa, leben vielfach wie Nomaden monatelang in ihren Trucks auf Straßen und Parkplätzen. Sie fahren oft für die Speditionen Schenker, Tochter der staatlichen Deutschen Bahn AG, oder DHL, Tochter des Logistikkonzerns Deutsche Post, die wiederum dem deutschen Staat und dem US-Investor Blackrock gehört, oder es handelt sich um Vertragsfirmen, die an Schenker und DHL gebunden sind. Die Fahrer verletzen unter dem Druck ihrer Arbeitgeber routinemäßig die vorgeschriebenen Pausenzeiten; die staatliche Kontrolle durch das Bundesamt für Güterverkehr funktioniert nicht.(11)

Die Arbeitsverhältnisse bei Amazon in Deutschland sind schon mal Gegenstand öffentlicher Kritik, weil die Gewerkschaft verdi aktiv ist. Auch die Arbeitsverhältnisse der globalen Konzerne der digitalen Plattform-Ökonomie wie Uber (Taxidienste) und Deliveroo

(Essenslieferung) werden schon mal kritisiert. Die brutalen Arbeitsverhältnisse bei Autozulieferfirmen, die z. B. von US-Investoren aufgekauft werden, werden kaum thematisiert. So etwa im Eifelstädtchen Prüm, wo der Elektroauto-Weltstar TESLA die Firma Grohmann aufkaufte, einen Tarifvertrag verweigert und US- Praktiken einführt.(12)

Europaweiter Widerstand?

Ablenkung ist gefragt. Gerade Macron will Frauen schützen gegen sexuelle Gewalt – aber gleichzeitig fördert er die unternehmerische Gewalt gegen Frauen und die Feminisierung der Arbeitsarmut.

Der DGB und die IG Metall haben der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ zugestimmt. Aber europaweiter Widerstand ist nötig. Uber-Fahrer und andere organisieren sich. In Kroatien, Serbien und der Tschechei wird gestreikt – schon mal gehört? Da tut sich einiges, noch wenig sichtbar.(13)

Artikel von Werner Rügemer als Leseprobe aus [lunapark21 – Politische Vierteljahreszeitschrift - Heft 40 vom 18. Dezember 2017](#) - wir danken!

Werner Rügemers letzte Buchveröffentlichung: Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur. 2. Auflage Köln 2017.

Anmerkungen:

- (1) <https://ec.europa.eu/commission/priorities/european-pillar-social-rights-20-principles.de>
- (2) Werner Rügemer/Elmar Wigand: Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Bekämpfung von Gewerkschaften. Köln 2017.
- (3) Werner Rügemer: Arbeitsverhältnisse – Unternehmer als straflose Rechtsbrecher, BIG Business Crime 4/2007.
- (4) Dorothee Spannagel u.a.: Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut in Europa und Deutschland, WSI-Report Juli 2017.
- (5) Aristeia Koukiadaki / Chara Kokkinou: Deconstructing the Greek system of industrial relations, European Journal of Industrial Relations 1/2015.
- (6) BDI/Medef: Für Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze in Europa. Aufruf an den Europäischen Rat, März 2014.
- (7) Touristen mit Spaten, junge Welt 13.7.2017.



- (8) Marianne Egger de Campo: Seniorensitterinnen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 38-39/2015, S. 17ff.
- (9) Werner Rügemer: Der große Etikettenschwindel, verdi publik 5/2017.
- (10) Y. Jorens u.a.: Atypical forms of Employment in the Aviations Sector, Gent 2015.
- (11) Wildwest auf den Straßen. Europa – Ausländische Fahrer als moderne Nomaden ausgenutzt, verdi publik 5/2016.
- (12) Der Spiegel 48/2017, S. 67.
- (13) Vgl. www.arbeitsunrecht.de, www.labournet.de, www.altersummit.eu, www.labourstart.com, verdi publik.